



Sachverständigenanhörung des Ausschusses Tertiäre Bildung des Wissenschaftsrates

Fragebogen zum Themenkomplex „Demografische Entwicklung und Fachkräftequalifizierung“

Ansprechpartner:

Christiane Konegen-Grenier
Prof. Dr. Axel Plünnecke

Kontakt Daten Ansprechpartner

Christiane Konegen-Grenier
Telefon: 0221 4981-721
Fax: 0221 4981-99721
E-Mail: konegen-grenier@iwkoeln.de

Prof. Dr. Axel Plünnecke
Telefon: 0221 4981-701
Fax: 0221 4981-99701
E-Mail: pluennecke@iwkoeln.de

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Fragen zu Bevölkerungsentwicklung und Fachkräftebedarf

Frage 1:

Wie werden sich das Angebot an und die Nachfrage nach Erwerbstätigen in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Von welchen Faktoren werden diese Entwicklungen abhängen?

Angesichts der demografischen Entwicklung wird sich das volkswirtschaftliche Arbeitskräfteangebot weiter verknappen. Selbst wenn die Erwerbsquoten der Frauen und Älteren wie in den letzten Jahren weiter steigen, geht das Erwerbspersonenpotenzial bis zum Jahr 2025 laut IAB um 3,5 Millionen, bei unveränderten Erwerbsquoten dieser Gruppen sogar um 6,7 Millionen Personen zurück (Fuchs et al., 2011).

Die Arbeitskräftenachfrage hängt von vielen Faktoren wie der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dem altersbedingten Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, dem Strukturwandel innerhalb und zwischen den Branchen sowie Rationalisierungsprozessen ab. Auch die Verfügbarkeit von Arbeitskräften selbst spielt nach Modellen der Neuen Regionalökonomik und Neuen Wachstumstheorie eine Rolle für den Bedarf an Fachkräften, weil die Verfügbarkeit die Wachstumsdynamik und das Entstehen von Peripherien und ökonomischen Kernregionen beeinflusst. Auch die regionale Wirtschaftsstruktur und ihr Fachkräftebedarf können sich durch Hochschulen in der Region verändern.

In der ersten Dekade des Jahrtausends ist die Erwerbstätigkeit von Akademikern im Durchschnitt um jährlich 3,3 Prozent gestiegen. Im langfristigen Trend kann in einer Szenariorechnung in den kommenden Jahren von einem ähnlichen Nachfrageanstieg ausgegangen werden. Bei Personen mit Berufsbildungsabschluss dürfte die entsprechende Wachstumsrate etwas niedriger liegen. Unstrittig dürfte es sein, dass es künftig zu gravierenden Engpässen kommen wird, wenn von einer Wachstumsdynamik wie in den letzten Jahren ausgegangen wird.

Frage 2:

In welchen Bereichen ist ein Fachkräftemangel zu erwarten?

Als gesamtwirtschaftlich arbeitskräfterelevante Trends fungieren beispielhaft die Alterung der Bevölkerung, die zu einer vermehrten Nachfrage nach Altenpflege- und Gesundheitsdienstleistungen führt, sowie die auch gesellschaftspolitisch besonders relevanten Herausforderungen Erneuerbare Energien, Elektromobilität, Energiewende und Ressourceneffizienz, deren Bewältigung zwangsläufig mit einer vermehrten Nachfrage nach technisch-naturwissenschaftlichen (MINT) Qualifikationen einhergeht. Bereits aktuell zeigen Arbeitsmarktanalysen der Bundesagentur für Arbeit und des Bundeswirtschaftsministeriums (BA, 2012; BMWi, 2012), dass in den Gesundheits- und MINT-Berufen Engpässe bestehen.

Berechnungen des IAB/BIBB sehen zwar im Unterschied zur BA aktuell keine Engpässe im MINT-Bereich, gehen aber im kommenden Jahrzehnt von einer deutlichen Zunahme der Engpassituation aus (Helmrich et al., 2012). Auch das noch zu erreichende Lissabon-Ziel eines dreiprozentigen BIP-Anteils der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung führt zu einer steigenden MINT-Nachfrage. Angesichts der hohen Attraktivität akademischer und insbesondere der MINT-Berufe und der gestiegenen Studierendenzahlen dürfte der MINT-Engpass künftig zumindest reduziert werden (Anger et al., 2012a). Angesichts des von Arbeitsmarktpulsen beeinflussten Ausbildungs- und Studienfachwahlverhaltens, unterliegen stark disaggregierte bzw. qualifikationsbezogene langfristige Prognosen jedoch substantieller Unsicherheit. Infolge der fortschreitenden Akademisierung (innerhalb einer Alterskohorte hat sich der Anteil derjeni-

gen Schüler, die ein Hochschulstudium aufnehmen, in den letzten beiden Dekaden fast verdoppelt) ist jedoch damit zu rechnen, dass insbesondere das Arbeitsmarktsegment der beruflichen Bildung von gravierenden Arbeitskräfteengpässen betroffen sein wird.

Frage 3:

Welche Indikatoren lassen sich heranziehen, um die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen und des Fachkräftebedarfs zu prognostizieren?

Für die Prognose des langfristigen Fachkräftebedarfs sind folgende Indikatoren relevant: Erwerbspersonenpotenzial, demografiebedingter Ersatzbedarf, Expansionsbedarf auf Basis des langfristigen Beschäftigungswachstums (Struktur- und Wachstumstrends). Der Bedarf nach einzelnen Qualifikationen sollte dabei langfristig auf Basis von Indikatoren erfolgen, die den erlernten Beruf beispielsweise auf Basis des Mikrozensus erfassen. Dieses ist langfristig methodisch von entscheidender Bedeutung, da ein Bedarf beispielsweise an Absolventen der Ingenieurwissenschaften zu rund der Hälfte außerhalb des Ingenieurberufs besteht (so in Prüfberufen, Controllingberufen, Lehrberufen, Managementberufen (Industrie), Beratungsberufen,...). In der Industrie ist beispielsweise die häufigste akademische Qualifikation von Managern und Geschäftsführern ein ingenieurwissenschaftliches und nicht etwa ein wirtschaftswissenschaftliches Studium. Allein aus den Bedarfen nach Berufen kann folglich nicht auf den Bedarf an Qualifikationen geschlossen werden.

Der aktuelle Bedarf hingegen kann am besten durch Engpassindikatoren wie Relation Arbeitsloser zu offener Stellen und Vakanzzeit nach Berufen abgebildet werden.

Frage 4:

Welchen Unsicherheiten unterliegen diese Prognosen? Wie sollten politische Entscheidungsträger mit diesen Unsicherheiten umgehen?

Nicht umstritten ist, dass es demografiebedingt zu Engpässen bei der Arbeitskräfteversorgung kommen dürfte. Zusammenfassend kann über einen langfristigen Prognosezeitraum jedoch nur konstatiert werden, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ein Arbeitskräfteengpass gegeben sein wird, nicht jedoch, in welchen Qualifikationen dieser genau auftreten wird (s. o.). Politische Entscheidungsträger sollten sich daher im Rahmen der Bildungspolitik auf breitenwirksame Maßnahmen konzentrieren, von denen die Gesamtheit aller Ausbildungs- und Qualifizierungswege profitieren, und als wichtigste Ziele verfolgen, die generelle Ausbildungsreife der künftigen Schülergenerationen deutlich zu verbessern (z. B. die PISA-Risikoquoten durch entsprechende Bildungs- und Betreuungsangebote zu reduzieren), die hohen Abbrecherquoten an Hochschulen zu reduzieren und mehr Jugendliche aus bildungsfernen Schichten für die Aufnahme eines Studiums zu qualifizieren. Daneben ist festzuhalten, dass einzelne Qualifikationen eine unterschiedliche Flexibilität aufweisen. So sind Ingenieure zu einem großen Teil in wirtschaftswissenschaftlichen Berufen wie Berater, Controller, Manager tätig, stellen sogar in der Industrie im Management die häufigste Hochschulqualifikation dar. Jedoch sind Wirtschaftswissenschaftler nicht im nennenswerten Maße als Maschinenbauingenieur tätig. Damit liegt eine „Semipermeabilität“ unterschiedlicher Durchlässigkeitsintensität vor, die gerade aufgrund der hohen Unsicherheiten von hoher Bedeutung ist. Schließlich ist für die zukünftige Arbeitskräftebilanz auch das Wanderungsgeschehen bedeutsam, sowohl nach Quantität wie nach Qualität.

Fragen zum Verhältnis von akademischer und beruflicher Ausbildung

Frage 5:

Hat die wachsende Konkurrenz zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung gesamtwirtschaftlich schädliche Effekte? Wie lassen sich diese gegebenenfalls mildern?

Der steigende Anteil von Studierenden an einer Alterskohorte kann dazu führen, dass der Anteil der Personen, die eine berufliche Bildung abschließt, sinkt. Dadurch kann es auch in dieser Qualifikationsgruppe zu Engpässen kommen. Dies ist auch dadurch bedingt, dass in den kommenden Jahren die demografische Entwicklung für den Ausbildungsstellenmarkt noch an Bedeutung zunehmen wird. Der demografiebedingte Ersatzbedarf für die Personen mit Lehr- oder Fachschulabschluss gibt an, wie viele erwerbstätige beruflich Qualifizierte in den kommenden Jahren – typischerweise altersbedingt – aus dem Erwerbsleben ausscheiden werden. Gelänge es, die Zahl der Ausscheidenden durch neue erwerbstätige Facharbeiter zu ersetzen, so bliebe die Population der erwerbstätigen beruflich Qualifizierten konstant, andernfalls sänke sie. Der jährliche demografische Ersatzbedarf für Personen mit Lehr-/Fachschulabschluss beträgt für die Jahre 2009 bis 2013 gut 570.000 Personen, knapp 640.000 Personen für die Jahre 2014 bis 2018 und 705.000 Personen für die Jahre 2019 bis 2023. Der jährliche Ersatzbedarf wird damit zunehmen. Das jährliche Angebot an Personen mit einer Berufsausbildung dürfte jedoch deutlich sinken, so dass die Knappheit am Arbeitsmarkt für Personen mit einem mittleren Bildungsabschluss deutlich steigen dürfte. Diese Effekte könnten durch eine Höherqualifizierung von Geringqualifizierten etwas abgemildert werden.

Frage 6:

In welchem Umfang werden in den nächsten Jahrzehnten Akademiker auf dem Arbeitsmarkt benötigt? Ist eine Überversorgung des Arbeitsmarktes mit Akademikern vorstellbar?

Nach Berechnungen auf Basis von Schätzungen des IZA entsteht zwischen 2010 und 2019 aufgrund struktureller Veränderungen sowie des Wachstums der Volkswirtschaft in Deutschland ein Bedarf von knapp 1,2 Millionen zusätzlichen Akademikerstellen, die mit Absolventen der entsprechenden Qualifikation zu besetzen sind. Der Schätzwert des Expansionsbedarfs von knapp 1,2 Millionen Akademiker für einen 10-Jahreszeitraum ist realistisch, wenn die vergangenen zehn Jahre betrachtet werden. Innerhalb dieses Zeitraums ist die Akademikerbeschäftigung in Deutschland insgesamt um mehr als 1,1 Millionen Personen gestiegen. Der Anstieg des Angebots an Akademikern hat deren Arbeitsmarktperspektiven allerdings nicht beeinträchtigt. Zwischen 1998 und 2008 hat der Lohnvorteil eines Akademikers zugenommen, die relative Arbeitslosigkeit gegenüber anderen Berufsgruppen ist hingegen gesunken. Die relative Faktorentlohnung für Hochqualifizierte gegenüber Mittel- und Geringqualifizierten ist folglich angestiegen. Dies impliziert, dass der Expansionsbedarf an Akademikern trotz der Zunahme der Akademikererwerbstätigkeit von 1,1 Millionen Personen nicht in vollem Umfang befriedigt werden konnte (Anger/Plünnecke, 2010).

Neben diesem Expansionsbedarf besteht ein demografischer Ersatzbedarf. Dieser dürfte den Expansionsbedarf in den kommenden Jahren mit steigender Tendenz übertreffen.

Insgesamt dürften die Engpässe im Bereich beruflicher Qualifikationen jedoch schneller zunehmen als bei den akademischen Qualifikationen. Dabei muss aber stets berücksichtigt werden, dass sich der Bedarf an Akademikern nach Fachrichtungen unterscheidet. Es ist sehr gut denkbar und bereits heute zu beobachten, dass in eher arbeitsmarktfernen Fachrichtungen mehr Absolventen ausgebildet werden, als auf dem Arbeitsmarkt in unmittelbar fach- und qualifikationsadäquaten Zielberufen Verwendung finden könnten. Dies betrifft insbesondere die

Geistes-, Sprach- und Sozialwissenschaften sowie künstlerische Studiengänge. Infolge der sehr hohen zielberuflichen Optionen von Akademikern werden jedoch selbst Akademiker arbeitsmarktferner Fachrichtungen in der Regel vom Arbeitsmarkt absorbiert, wenngleich sie im Durchschnitt nicht vergleichbar attraktive Arbeitsbedingungen wie Akademiker eher arbeitsmarktnaher Fachrichtungen erzielen. Eine Überversorgung des Arbeitsmarktes mit Akademikern, die sich etwa in substanziellen Arbeitslosenquoten niederschlagen würde, ist jedoch auf zukünftig nicht zu erwarten.

Frage 7:

Wie lässt sich erreichen, dass die Bedarfe des Arbeitsmarktes bereits bei den Entscheidungen der Schulabsolventen für einen Ausbildungsweg Berücksichtigung finden?

Da Bedarfe mit großen zeitlichen Vorlauf nicht feinkörnig und valide geschätzt werden können, können nur grobe Aussagen getroffen werden. Besonderes Potenzial für die Steigerung der MINT-Absolventenzahlen gibt es bei den Frauen. Obwohl MINT-Berufe hervorragende Perspektiven am Arbeitsmarkt und hohe Lohnpotenziale bieten, scheinen natur- und ingenieurwissenschaftliche Berufe für Frauen wenig attraktiv zu sein. Das Interesse von Mädchen und Frauen für MINT-Studiengänge zu erhöhen, ist nicht nur eine Aufgabe des Bildungssystems, sondern für verschiedene Bereiche der Gesellschaft. Sie betrifft den Bildungssektor, den Arbeitsmarkt und die Familien. Wie Untersuchungen von Acatech zur Fächer-, Studien- und Berufswahl gezeigt haben, resultiert das Image von Technik als Männerdomäne aus dem Zusammenwirken vielfältiger Faktoren. Eine hervorgehobene und letztlich verursachende Rolle scheinen dabei Geschlechter-Stereotype zu spielen. Maßnahmen wie der „Girl´s Day“ können somit einen Baustein zur Überwindung dieser Stereotype darstellen.

Frage 8:

Wie lässt sich die Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungssektoren erhöhen? Welche Potenziale bergen dabei Hybridmodelle wie das duale Studium?

Potenziale für eine bessere Durchlässigkeit im Bildungssystem sind insbesondere zwischen der beruflichen und der akademischen Bildung zu finden. Dazu sollten anspruchsvolle Qualifizierungsmodelle in der Berufsausbildung ausgebaut und vermehrt Übergänge ins Hochschulsystem geschaffen werden. Eine solche „Tertiärisierung der Berufsausbildung“ kann an zahlreichen vorhandenen Qualifizierungsmodellen ansetzen, wie etwa bei Zusatzqualifikationen in der Berufsausbildung und dualen Studiengängen. Insbesondere die dualen Studiengänge treffen auf eine hohe Akzeptanz bei Betrieben und bieten ausgezeichnete Beschäftigungsperspektiven für die Absolventen (Goeser/Isenmann, 2012). Auch werden vermehrt Kombinationen von Aus- und Weiterbildungsgängen entwickelt, bei denen Teile anerkannter Fortbildungen bereits während der Berufsausbildung vermittelt werden. Solche anspruchsvollen Ausbildungsgänge bieten den Betrieben ein Instrument, um flexibel auf veränderten Qualifikationsbedarf zu reagieren. Darüber hinaus sollte die engere Verzahnung zwischen Berufs- und Hochschulbildung über eine Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen oder Qualifikationen und über bessere Information über den Hochschulzugang für Berufspraktiker weiter gefördert werden. Nach wie vor ist aber die tatsächliche Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule trotz der Maßnahmen zur Öffnung des Hochschulzugangs gering (Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2012, 127)

Fragen zur Steuerung der hochschulischen Ausbildungsangebote

Frage 9:

Wie lässt sich sicherstellen, dass die von den Hochschulen vermittelten Qualifikationen und die Bedarfe des Arbeitsmarktes möglichst gut korrespondieren?

In Anbetracht der schnellen technologischen Entwicklung und des damit verbundenen Veränderungstempos bei Produkten, Dienstleistungen und unternehmensinternen organisatorischen Prozessen erwarten die Unternehmen keine passgenauen fachlichen Wissensinhalte. Wie aktuelle und auch weiter zurückliegende Unternehmensbefragungen zeigen, werden an erster Stelle überfachliche Qualifikationen erwartet. Dazu zählen soziale und methodische Kompetenzen. Auf der Grundlage aktueller Befragungen aus 2011 und 2010 lassen sich diese Kompetenzen folgendermaßen konkretisieren:

- Wichtige soziale Kompetenzen: Verantwortungsbereitschaft, Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit, Selbständiges Arbeiten
- Methodische Kompetenzen: Fähigkeit, vorhandenes Wissen auf neue Probleme zu anzuwenden, Fähigkeit, sich in neue Fachgebiete einzuarbeiten.

Die Herausforderung für die Hochschullehre liegt demnach nicht so sehr auf der inhaltlich-fachlichen Ebene, sondern auf der didaktischen Ebene. Überfachliche Qualifikationen lassen sich weniger gut in additiven Spezialseminaren vermitteln. Besser ist es, sie durch aktivierende Lehr- und Lernformen in die Vermittlung der fachwissenschaftlichen Inhalte zu integrieren. Weitergehende statistische Analysen von Absolventenbefragungen haben gezeigt, dass aktive und praxisbezogene Formen des Lernens sowohl die Fähigkeit fördern, vorhandenes Wissen anzuwenden als auch die fachlichen Kenntnisse vertiefen (Briedis/Minks, 2005, 69). Auch die aus Sicht der Unternehmen entscheidende Fähigkeit des selbstständigen Arbeitens wird durch ein praxisorientiertes Studium besonders entwickelt. Als zentrale Merkmale des praxisorientierten Studiums gelten von Studierenden ausgeführte praxisorientierte Projekte und Lehrveranstaltungen, die von Vertretern der Praxis durchgeführt werden (Briedis/Minks, 2005, 66 ff.). Damit erweist sich der Praxisbezug im Hinblick auf die gewünschten Kompetenzen als ein entscheidender Faktor. Vor allem für Bachelorstudiengänge im Ingenieurbereich ist die Integration von relevanten Fragestellungen der Berufspraxis durch problem- und projektbasierte Lernformen von großer Bedeutung für die Vermittlung von Berufsfähigkeit (VDI, 2011, 5 ff.). Gerade beim Praxisbezug des Studiums fallen aber sowohl die Urteile der Absolventen als auch die Bewertungen der Unternehmen eher negativ aus. Hier besteht dringender Nachbesserungsbedarf.

Beim Thema Praxisbezug decken sich die Wünsche der Unternehmen mit den Empfehlungen der didaktischen Hochschulforschung und mit den offiziellen Zielvorstellungen der europäischen Wissenschaftsminister für die nächste Dekade. So sollen laut Leuvenener Communiqué unter anderem in das Studium integrierte Praktika die Beschäftigungsfähigkeit stärken. Die Hochschulen sollten die flexiblen Zeitvorgaben von sechs, sieben und acht Semestern dazu nutzen, längere Praxisphasen in das Bachelorstudium zu integrieren. Generell sollten Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen ausgebaut werden.

Frage 10:

Anhand welcher Indikatoren kann diese Korrespondenz überprüft werden?

Methodische Ansätze, mit denen sich Informationen zur Korrespondenz von vermittelten und erwarteten Qualifikationen gewinnen lassen, sind Absolventenbefragungen und Befragungen von Arbeitgebern. Die Hochschulinformations-System-GmbH (HIS) sowie das INCHER der Uni-

versität Kassel haben dazu eine Reihe von Studien vorgelegt. Dabei bietet das INCHER den beteiligten Hochschulen auch Einzelanalysen über die Arbeitsmarkteinmündung ihrer Absolventen. Das ermöglicht eine gezielte Rückkopplung der Ergebnisse in die jeweiligen Fachbereiche.

Das IW Köln führt seit vielen Jahren Unternehmensbefragungen zu Qualifikationsanforderungen durch, zuletzt gemeinsam mit HIS und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zur Berufseinmündung der Bachelorabsolventen. Auf der Grundlage dieser jüngsten Studie ist eine Sekundärauswertung entstanden, in welcher ein Abgleich zwischen erwarteten und vorhandenen Qualifikationen vorgenommen wurde (Konegen-Grenier/Placke/Stettes, 2011).

Frage 11:

Wie lässt sich verhindern, dass die zeitliche Distanz zwischen dem Beginn der Ausbildung und dem Eintritt in den Arbeitsmarkt sogenannte „Schweinezyklen“ verursacht?

Das neue zweistufige Studiensystem bietet mit den kurzen Bachelorstudiengängen eine Chance, diese Problematik zu entschärfen. Eine wichtige Voraussetzung dazu ist allerdings, dass die Absolventen nicht - wie bislang - überwiegend direkt weiterstudieren, statt in die Berufspraxis zu gehen. Die Untersuchungen von HIS haben gezeigt, dass hinter dieser Entscheidung zwei aus der Sicht der Absolventen ähnlich wichtige Motive stehen: erstens die Verbesserung der Berufschancen und zweitens das fachliche Interesse. Obgleich die Daten zu Arbeitslosigkeit, Einstiegsgehalt und Anfangspositionen in den aktuellen Untersuchungen von INCHER, HIS und IW Köln positiv ausfallen, ist die Skepsis hinsichtlich der Berufschancen offensichtlich noch nicht ausgeräumt. Um dieser Skepsis zu begegnen, sind Untersuchungen zu den weiteren Karriereverläufen von Bachelorabsolventen nötig.

Was das nahezu ebenso gewichtige Motiv des fachlichen Interesses betrifft, so bietet sich mit dem gestuften Studiensystem theoretisch die Möglichkeit, zunächst in die Berufspraxis zu gehen und den fachlichen Interessen in einem späteren, berufsbegleitenden Masterstudium nachzugehen. Wie die IW-Befragung in 2010 zeigt, signalisieren knapp die Hälfte der Unternehmen ihre grundsätzliche Bereitschaft, ein solches Studium zu unterstützen (Konegen-Grenier/Placke/Stangl, 2011). Allerdings sind die Hochschulen auf eine entsprechende Nachfrage derzeit nicht eingestellt. Wie eine aktuelle Auswertung der Hochschulrektorenkonferenz für das IW ergab, sind derzeit nur 8,5 Prozent der Masterstudiengänge an Universitäten und Fachhochschulen studienbegleitend studierbar. Lässt man die privaten Hochschulen, die besonders häufig berufsbegleitende Studienangebote machen, außen vor, so sind es sogar nur 6,7 Prozent der Studiengänge. Diese Studienangebote sollten in Zukunft verstärkt ausgebaut werden, um den Absolventen zu vermitteln, dass sie ihren fachlichen Interessen auch dann noch nachgehen können, wenn sie sich zu einem direkten Einstieg in die Berufspraxis entschließen.

Frage 12:

Wie lässt sich die Fehleranfälligkeit planerischer Ansätze minimieren? Auf welche Weise lassen sich u. U. marktliche Mechanismen in die Steuerung der hochschulischen Ausbildungsangebote integrieren?

Im Finanzierungssystem müssen Anreize gesetzt werden, damit sich die Hochschulen stärker als bisher in der Lehre engagieren. Handlungsleitend ist nach wie vor der Wettbewerb um Reputation in der Forschung. Bislang werden deutlich mehr Mittel in der Forschung als in der Lehre im Wettbewerb vergeben. Eine aktuelle Analyse der leistungsorientierten Mittelvergabe zeigt zudem, dass im Vergleich zur Forschung weniger Effekte für die Lehre festgestellt werden können. Darüber hinaus gibt es Anzeichen dafür, dass die Hochschulen die flexiblen Möglichkeiten

der Globalhaushalte eher dazu genutzt haben, Schwerpunkte in der Forschung zu setzen (Dohmen/Henke, 2011, 251). Auch der Wissenschaftsrat selbst konstatiert, dass ein einseitiger Schwerpunkt der Wettbewerbsanreize zu einer forschungsorientierten Homogenisierung der institutionellen Profile führen kann (Wissenschaftsrat, 2010, 82). Nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“ sind verschiedene Modelle für eine stärkere Orientierung an den Interessen der studierenden Nachfrager entwickelt worden (zum Beispiel BDA et al., 2008). Auch der Wissenschaftsrat erwähnt die Möglichkeit, die Studierenden mit „Kapital“ in Form von Gutscheinen auszustatten, um den Hochschulen Anreize zu bieten, sich „auf die Leistungsdimension einer qualitativ hochwertigen Lehre auszurichten“ (Wissenschaftsrat, 2010, 83).

Die mit öffentlichen Mitteln finanzierten Gutscheine sollten mit privat zu finanzierenden Studienbeiträgen kombiniert werden. Sowohl in einem Master- als auch in einem Bachelorstudium fallen gesellschaftliche und private Erträge an. Dieser Sachverhalt rechtfertigt eine Mischung aus privater und staatlicher Finanzierung in beiden Studienabschnitten. Dass es eine Bereitschaft zur individuellen Beteiligung an den Studienkosten gibt, zeigt nicht zuletzt der Erfolg der privaten Hochschulen als Anbieter für berufsbegleitende Studiengänge.

Gegenwärtig sind die Studiengebühren für das grundständige Studium aber in den meisten Bundesländern auf dem Rückzug. Damit wird die Chance vertan, den Interessen der Nachfrager mehr Geltung zu verschaffen und die Lehre zu verbessern. Die vom Wissenschaftsrat für die Realisierung der Bologna-Ziele veranschlagten zusätzlichen 1,1 Milliarden Euro pro Jahr könnten durch bundesweite Gebühren in der bisherigen Höhe von 1.000 Euro pro Jahr mehr als abgedeckt werden. Neue Studien zeigen, dass es keine Abschreckung durch Studiengebühren in dieser Höhe gegeben hat (Baier/Helbig, 2011). Für junge Menschen aus einkommensschwachen Elternhäusern entstehen Probleme der Finanzierung weniger durch 1.000 Euro Studiengebühren im Jahr als durch die zu geringe Verfügbarkeit von Stipendien und kostengünstigen Darlehen. Für diese Studierenden könnten mehr Mittel bereitgestellt werden, wenn die Tendenz zu einer Gleichverteilung der vielfältigen Formen der Studiensubvention auf Studierende aller Einkommensschichten durch eine gezieltere Mittelvergabe ersetzt würde.

Fragen zu Weiterbildung und Lebenslangem Lernen

Frage 13:

Wie lässt sich der Bedarf an hochschulischen Weiterbildungsangeboten in den nächsten Jahrzehnten entwickeln? Welche Faktoren sind dafür ausschlaggebend?

Der Bedarf an hochschulischen Weiterbildungsangeboten kann weiter entwickelt werden, indem den Arbeitnehmern und Arbeitgebern die Bedeutung des lebenslangen Lernens noch bewusster gemacht wird. Durch Image- und Aufklärungskampagnen könnte ein Bewusstseinswandel unterstützt werden. Weiterbildung sichert höhere Einkommenspfade und erhöht die Beschäftigungsfähigkeit. Durch Bildung in der zweiten Lebenshälfte kann an verschiedenen Ansatzpunkten zur Fachkräftesicherung beigetragen werden. So kann zum ersten die Aktivierung von Personen in der zweiten Lebenshälfte unterstützt werden, so dass die Lebensarbeitszeit erhöht werden kann. Damit nehmen auch die Beschäftigungsquoten Älterer zu. Es ist damit entscheidend zu zeigen, dass es Anreize für Individuen gibt, in Weiterbildung zu investieren, da damit das Einkommen zunimmt oder die Beschäftigungsfähigkeit erhalten bleibt. Bildung in der zweiten Lebenshälfte ist dann ein komplementärer Faktor zur Rente mit 67 (Anger et al., 2012b).

Frage 14

Wie lässt sich erklären, dass bisher sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach hochschulischen Weiterbildungsangeboten eher gering ausfallen?

Aufgrund der demografischen Entwicklung könnte vermutet werden, dass die Hochschulen zukünftig verstärkt Angebote für die Gruppe der beruflich Qualifizierten entwickeln werden, um neue Studierendengruppen zu mobilisieren. Ergebnisse der Hochschulvorausberechnung aus dem nationalen Bildungsbericht lassen jedoch den Schluss zu, dass dies in den nächsten Jahren noch nicht unbedingt der Fall sein wird. Es ist eher damit zu rechnen, dass die Nachfrage nach Studienplätzen in den nächsten Jahren auf einem sehr hohen Niveau bleiben wird. Vermutlich werden die Studienanfängerzahlen zunächst weiter ansteigen, so dass die Zahl der Studierenden voraussichtlich noch bis nach 2020 über dem Niveau von heute liegen und erst danach sinken wird. Ebenso wie bei der Zahl der Studienanfänger ist auch bei der Entwicklung der Anzahl der Absolventen zunächst noch von einem Anstieg auszugehen. Die Hochschulen scheinen also in den nächsten Jahren den demografischen Wandel noch nicht unmittelbar zu spüren und werden voraussichtlich auch ohne neue Studierendengruppen noch ausgelastet sein. Allerdings ist der soeben beschriebene Trend nicht für alle Regionen gleich. In Ostdeutschland wird sich die demografische Entwicklung an den Hochschulen vermutlich eher bemerkbar machen als in Westdeutschland. Hier bestehen also eher Potenziale, sich für neue Gruppen von Studierenden zu öffnen, zum Beispiel für beruflich Qualifizierte, und sich – wie der nationale Bildungsbericht es umschreibt – stärker als Institution des lebenslangen Lernens zu begreifen und vermehrt wissenschaftliche Weiterbildung anzubieten.

Frage 15

Auf welche Weise und in welche Richtung sollten die Hochschulen ihre Weiterbildungsangebote ausbauen?

Neben dem schon erwähnten Bedarf an berufsbegleitenden Masterstudiengängen besteht auch ein Mangel im Bereich des Bachelorstudiums. Analysen basierend auf Kompetenzerhebungen zeigen, dass hierzulande Personen mit einer formal mittleren Qualifikation, also vorrangig die beruflich Qualifizierten, in großer Anzahl sehr hohe Kompetenzen aufweisen (Anger/Plünnecke, 2009). Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass es dieser Gruppe möglich wäre, mit relativ geringem Aufwand auch einen akademischen Abschluss zu erwerben. Dies bedeutet zugleich, dass hierzulande ein großes Reservoir an potenziellen Studienanfängern für die Hochschulen existiert. Es bedeutet aber auch, dass die Hochschulen entsprechende Angebote für beruflich qualifizierte Personen schaffen müssen. Für diese Personengruppe ist es von besonderer Bedeutung, dass die Weiterqualifizierung nicht mit zu hohen Opportunitätskosten verbunden ist. Es sollten daher an den Hochschulen vermehrt Anreize dafür geschaffen werden, berufsbegleitende Studienangebote einzurichten, die den Anforderungen und Bedürfnissen dieser Zielgruppe gerecht werden.

Die berufsbegleitenden Studiengänge werden gegenwärtig zwar ausgebaut, ihre Anzahl ist jedoch noch weiter ausbaufähig. Gerade an Universitäten sind berufsbegleitende Bachelor-Studiengänge bislang kaum zu finden. Die staatlichen Hochschulen könnten sich dabei an den privaten Hochschulen orientieren. Eine Studie des Stifterverbandes verdeutlicht, dass private Hochschulen in Deutschland im Unterschied zu den angelsächsischen Staaten nicht der Elitenausbildung dienen, sondern vielmehr Angebote für Zielgruppen machen, die von staatlichen Hochschulen nicht ausreichend angesprochen werden. Insbesondere leisten die privaten Anbieter einen wichtigen Beitrag, die Berufsausbildung und akademische Bildung zu verzahnen und Durchlässigkeit zu stärken. 55 Prozent der privaten Hochschulen bieten überwiegend ausschließlich Bachelorstudiengänge an und betätigen sich als „Aufwerter“, die frühere Lehrberufe zu Studiengängen auf grundständigem akademischem Niveau weiterentwickeln, oder als „Fle-

xible“, die duale Studiengänge anbieten. Rund 36 Prozent der privaten Hochschulen werden als „berufsorientiert“ charakterisiert. Diese Hochschulen zeichnen sich durch effiziente und arbeitsmarktorientierte Studiengänge aus und kooperieren eng mit Unternehmen (Stifterverband, 2010).

Damit die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung auch an den staatlichen Hochschulen weiter gestärkt wird, ist es entscheidend hierfür, dass auch staatliche Hochschulen verstärkt Anreize erhalten, Konzepte zu entwickeln und Angebote zu erstellen, um beruflich qualifizierten Kräften weitere Brücken in die akademische Ausbildung zu bauen. Aus ökonomischer Sicht könnte sich in diesem Fall eine nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung positiv auswirken. Es bestünden finanzielle Anreize, zusätzliche Studienplätze samt Brückenkurse für beruflich qualifizierte Personen mit hohen Kompetenzen anzubieten und damit die bisherigen positiven Entwicklungen der Privathochschulen als „Aufwerter“, „Flexible“ und „Berufsorientierte“ auch verstärkt an staatlichen Hochschulen durch zusätzliche Angebote nachzuholen.

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung, 2012, Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf, Bielefeld

Anger, Christina / Plünnecke, Axel, 2009, Signalisiert die Akademikerglücke eine Lücke bei den Hochqualifizierten? – Deutschland und die USA im Vergleich, in: IW-Trends, 36. Jg., Nr. 3, S. 19–31

Anger, Christina / Plünnecke, Axel, 2010, Droht durch den künftigen Akademikermangel eine Abnahme der Konvergenzchancen Ostdeutschlands?, in: IW-Trends, 37. Jg., Nr. 2, S. 91–104

Anger, Christina / Geis, Wido / Plünnecke, Axel, 2012, MINT – Frühjahrsreport 2012, Gutachten für BDA, BDI, Gesamtmetall, MINT Zukunft schaffen, Köln

Anger, Christina / Erdmann, Vera / Plünnecke, Axel / Stettes, Oliver, 2012b, Bildung in der zweiten Lebenshälfte: Bildungsrendite und volkswirtschaftliche Effekte, erscheint in IW-Analysen, Köln

BA - Bundesagentur für Arbeit, 2012, Fachkräfteengpässe in Deutschland: Analyse Juni 2012, URL: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Berichte-Broschueren/Arbeitsmarkt/Generische-Publikationen/BA-FK-Engpassanalyse-2012-06.pdf> [Stand: 23-08-2012]

Baier, Tina / Helbig, Marcel, 2011, War all die Aufregung umsonst? Über die Auswirkung der Einführung von Studiengebühren auf die Studierbereitschaft in Deutschland, WZB-Discussion Paper, No. 2011-001, Berlin

BDA – Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände / BDI – Bundesverband der Deutschen Industrie / IW Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln / Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, 2008, Eckpunkte einer investitionsorientierten Hochschulfinanzierung. Ressourcen – Freiheit – Wettbewerb, Edition Stifterverband, Essen

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2012, Fachkräfte sichern: Engpassanalyse, URL: <http://www.kompetenzzentrum->

fachkraeftesicherung.de/fileadmin/media/Themenportale-3/KoFa/PDFs-sonstige/KoFa_Engpassanalyse.pdf [Stand: 23-08-2012]

Briedis, Kolja / Minks, Karl-Heinz, 2005, Der Bachelor als Sprungbrett? Ergebnisse der ersten bundesweiten Befragung von Bachelorabsolventinnen und Bachelorabsolventen, Teil I: Das Bachelorstudium, HIS-Kurzinformation A3/2005, Hannover

Dohmen, Dieter / Henke, Justus, 2011, Wirksamkeit von Anreiz- und Steuerungssystemen der Länder auf die Qualität der Hochschullehre, in: Nickel, Sigrun (Hrsg.), Der Bologna-Prozess aus Sicht der Hochschulforschung. Analysen und Impulse für die Praxis, CHE-Arbeitspapier, Nr. 148, S. 240–257, Gütersloh

Fuchs, Johann / Söhnlein, Doris / Weber, Brigitte, 2011, Rückgang und Alterung sind nicht mehr aufzuhalten, IAB Kurzbericht Nr. 16/2011, Nürnberg

Goeser, Jochen / Isenmann, Martin, 2012, AusbildungPlus, Betriebsumfrage 2011, BIBB-Bericht, Bonn

Helmrich, Robert / Zika, Gerd / Kalinowski, Michael / Wolter, Marc Ingo, 2012, Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Geändertes Bildungs- und Erwerbsverhalten mildert Fachkräftemangel, URL: http://www.bibb.de/dokumente/pdf/a12_bibbreport_2012_18.pdf [Stand: 23-08-2012]

Konegen-Grenier, Christiane / Placke, Beate / Stettes, Oliver, 2011, Bewertung der Kompetenzen von Bachelorabsolventen und personalwirtschaftliche Konsequenzen der Unternehmen, in: IW-Trends, 38. Jg., Nr. 3, S. 1–16

Konegen-Grenier, Christiane / Placke, Beate / Stangl, Theresa, 2011, Unternehmen im Fokus, in: Briedis, Kolja / Heine, Christoph / Konegen-Grenier, Christiane / Schröder, Ann-Katrin, Mit dem Bachelor in den Beruf. Arbeitsmarktbefähigung und -akzeptanz von Bachelorstudierenden und -absolventen, Reihe „Positionen“, Essen, S. 83–111

Leuvenner Communiqué, 2009, Bologna-Prozess 2020 – der Europäische Hochschulraum im kommenden Jahrzehnt. Communiqué der Konferenz der für die Hochschulen zuständigen europäischen Ministerinnen und Minister, Leuven/Louvain-la-Neuve, 28. und 29. April 2009, URL: http://www.bmbf.de/pubRD/leuvenner_communique.pdf [Stand: 2011-10-19]

Stifterverband – Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, 2010, Rolle und Zukunft privater Hochschulen in Deutschland. Eine Studie in Kooperation mit McKinsey & Company, Essen

VDI – Verein Deutscher Ingenieure, 2011, Chancen von Bologna nutzen: Ingenieurinnen und Ingenieure für die Zukunft ausbilden, URL: http://www.vdi.de/fileadmin/vdi_de/redakteur_dateien/bildung_dateien/VDI_Stellungnahme_Chancen_von_Bologna_nutzen.pdf [Stand: 2012-03-16]

Wissenschaftsrat, 2010, Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen, Drucksache Nr. 10387-10, Lübeck